



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (LKJ) Berlin e.V.  
Obentrautstraße 57  
10963 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER  
Fon: 030 - 4692-141/144  
Fax: 030 - 4692-166  
[dennis.buchner@spd.de](mailto:dennis.buchner@spd.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
[www.spd-berlin.de](http://www.spd-berlin.de)

Berlin, 05.08.2016

## Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Schild,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

**Im Rahmen der Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen spielt kulturelle Bildung in – und außerhalb von Schule eine besondere Rolle. Welche Bedeutung hat Kulturelle Bildung aus Sicht Ihrer Partei und welche Aufgaben ergeben sich daraus in den nächsten 5 Jahren?**

Gute kulturelle Bildung in allen Bildungsbereichen und in der Kinder- und Jugendarbeit ist seit langem ein wichtiges Ziel unserer Politik. Dafür haben wir in den vergangenen Jahren die Fördermittel für die Kinder- und Jugendtheaterarbeit im Kulturhaushalt erhöht und bekennen uns auch weiter zu unserer finanziellen Verantwortung.

**Die verschiedenen Akteure / Professionen der Kulturellen Bildung nehmen in dem Bildungsprozess verschiedenen Aufgaben wahr und kooperieren mit den verschiedenen Institutionen wie Kita, Schule, Jugendarbeit / Jugendkulturarbeit, Kultur. Wie unterstützt Ihre Partei diese Prozesse?**

Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der kulturellen und politischen Bildung: Volkshochschulen, außerschulische Lernorte, Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit diesen Trägern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins und ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und

Verschiedenheit beleuchten und die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

Wichtige außerschulische Lernorte wie Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen und Jugendkunstschulen haben wir 2016 finanziell und rechtlich gestärkt. Auf dieser guten Basis werden wir die außerschulischen Lernorte mit den Bezirken konzeptionell weiterentwickeln und für Schulen, Kitas und weitere Personengruppen noch besser nutzbar machen.

Die öffentlichen Bibliotheken werden wir als Orte lebenslangen Lernens stärken und damit die Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz und von vertieftem Wissen über das demokratische Gemeinwesen fördern.

Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Sie übernehmen vielfach Aufgaben von landesweiter Bedeutung (wie Sprach- und Integrationskurse für Geflüchtete, Alphabetisierungskurse). Wir streben zur Verbesserung der Arbeit gemeinsam mit den Bezirken die Einrichtung einer gemeinsamen Servicestelle Berliner Volkshochschulen an. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein Berliner Weiterbildungsgesetz auf den Weg bringen. Zunehmende Bedeutung soll der Ausbau des Zweiten Bildungswegs zum Nachholen von Schulabschlüssen für Erwachsene – vor allem auch für geflüchtete Menschen – an Volkshochschulen, Kollegs und Abendgymnasien erhalten.

Für uns als Berliner SPD ist es wichtig, die digitale Spaltung zu überwinden. Digitale Teilhabechancen für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen der Stadtgesellschaft werden durch die Arbeit von Bibliotheken und Volkshochschulen gefördert. Wir wollen auch ältere Menschen beim Erlernen digitaler Techniken unterstützen. Die SPD wird Computerkurse für Seniorinnen und Senioren weiter fördern.

Musikschulen müssen auch die Kinder und Jugendlichen erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ihrer kulturellen Bildung unterstützt werden können. Sie übernehmen außerdem eine wichtige Aufgabe bei der kulturellen Integration von geflüchteten Menschen. Die Musikschulen nehmen, auch laut Schulgesetz, einen öffentlichen Auftrag wahr. Sie sind wichtiger und integraler Bestandteil der Berliner Bildungslandschaft. Wir wollen die Musikschulen mit ihren bildungspolitischen, sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben stärken. Die Musikschulen sollen den chancengleichen Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger weiterhin garantieren.

Eine verlässliche Finanzierung und in einem ersten Schritt eine Mindestquote von 20 Prozent Festangestellten soll die Qualität der Arbeit absichern und stärken. Die Kooperation der Schulen mit Partnern in Projekten der kulturellen Bildung (zum Beispiel Musikschulen) geben wichtige Impulse. Viele Kinder und Jugendliche können in diesen Projekten ganz besondere Fähigkeiten entwickeln. Wir werden diese Kooperationen weiter fördern und ausbauen.

Zur Verstärkung der Impulse werden wir die im Bereich der integrierten Sekundarschule bereits bestehenden, kostenfreien Kooperationsangebote mit Musikschulen auf weitere Schularten übertragen.

**Das Berliner Rahmenkonzept Kulturelle Bildung wurde 2006 eingeführt, vieles konnte erreicht werden. Wie werden Sie die bestehende Infrastruktur der Kulturellen Bildung aufrechterhalten, finanziell ausstatten und zukunftsorientiert gestalten?**

*siehe Antwort auf die vorherige Frage*

**Die Herausforderungen unserer Zeit sind Inklusion, kulturelle Teilhabegerechtigkeit und Partizipation. Wie schafft Ihre Partei die Grundlagen dafür, welche Ressourcen werden zur Verfügung gestellt?**

Eine solidarische Bürgergesellschaft zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen mit Behinderungen Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht. In Berlin leben rund 600.000 Menschen mit Behinderungen. Wir wollen die inklusive Stadt, die Stadt ohne Barrieren schaffen.

Der SPD-geführte Senat hat im Mai 2015 zehn behindertenpolitische Leitlinien zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Wir bekennen uns zu den Leitbildern der Konvention, Inklusion, Partizipation und Selbstbestimmung.

Wir werden die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden weiter vorantreiben und den Bau barrierefreier Wohnungen forcieren. Die Quote der uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen werden wir erhöhen.

Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung bietet viele neue Möglichkeiten für alle Menschen. Voraussetzung ist, dass die Dienste auch für alle zugänglich sind. Wir werden deshalb die Barrierefreiheit der Serviceangebote bei der Digitalisierung vorantreiben. Anhand der mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen und dem Landesbehindertenbeirat vereinbarte Prioritätenliste werden wir weiter das Ziel verfolgen, bis 2020 alle noch nicht stufenlos erreichbaren U-Bahnhöfe mit Aufzügen auszustatten. Das gleiche gilt für die restlichen S-Bahnhöfe. Den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) werden wir barrierefrei ausbauen, um Berlin auch mit dem Fernreisebus behindertengerecht erreichen zu können. Damit Kinder und Jugendliche mit Behinderungen später einer Arbeit nachgehen können, die ihren Fähigkeiten und Wünschen entspricht, muss die Inklusion nicht nur in der Schule, sondern auch in der beruflichen Ausbildung voran gebracht werden. Die Bildungskette von der Förderschule in die Werkstatt für behinderte Menschen muss durchbrochen werden. Wir wollen mehr voll qualifizierende, berufsbildende Angebote für Jugendliche mit Behinderungen. Dabei hat die duale Berufsausbildung Vorrang vor Sonderwegen.

Aktive Beteiligung ist Grundlage einer lebendigen Demokratie. Sie schärft den Sinn für das Gemeinwohl, stärkt den Zusammenhalt und Generationendialog und fördert Eigeninitiative und Engagement aller Berlinerinnen und Berliner. Deshalb werden wir die Partizipation junger Menschen stärken und die Beteiligungsmöglichkeiten durch die Weiterentwicklung des Jugenddemokratiefonds und das neue Jugendportal mit vielen interaktiven Beteiligungs- und Kommunikationsangeboten fördern und ausweiten.

**Kulturelle Bildung braucht Qualitätsstandards. Wie werden diese Qualitätsstandards entwickelt und welche Rolle weisen Sie den Einrichtungen der Jugendarbeit / Jugendkulturarbeit zu?**

Die Förderung von Lern- und Erfahrungsräumen im direkten Lebensumfeld junger Menschen benötigt eine Stärkung dezentraler Angebote der Jugendarbeit, Jugendbildung und Jugendverbände. Dies erfordert, die Kooperation Jugendhilfe-Schule weiter zu qualifizieren und einen besonderen Fokus auf die ganzheitliche Entwicklung des Sozialraums zu legen. Lernen durch ehrenamtliches Engagement, durch selbstorganisierte Projekte und durch sozialpolitische Mitwirkung braucht eine Stärkung der Jugendarbeit in ihrer dezentralen Struktur mit gesetzlichen Standards.

Mit freundliche Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dennis Buchner', followed by a checkmark.

Dennis Buchner  
Landesgeschäftsführer